

ein 18-jähriger Metzgerbursche aus einem fahrenden Zug gestürzt. Beide Beine wurden ihm abgefahren; er ist an Verblutung gestorben.

Stuttgart, 9. Okt. (Ungeheure Fleischpreissteigerung.) In den Fleischmärkten war heute vormittag fast nirgends mehr Fleisch zu bekommen. Die Metzger hatten offenbar eine gute Nase. Am Schlachtviehmarkt haben sich nämlich die Preise mehr als verdoppelt und die entsprechenden Aufschläge für die Fleischpreise sind nicht ausgeblieben. Es kostet vom Mittwoch ab je das Pfund: Ochsen- und Rindfleisch 110 (bisher 45) Mill., Rindfleisch 2. 90 (42), Kuhfleisch 1. 90 (36), 2. 70-74 (26-28), Kalbfleisch 126 (50), Schweinefleisch 154 (64), Hammelfleisch 96 (44) und Schafsfleisch 85-75 (22-30) Millionen Mark. (Wer kann sich da noch Fleisch erlauben? Schriftl.)

Bönnigheim, 9. Okt. (Der „Apostel“ lebt.) Der von hier stammende Wanderprediger Louis Häuser, der vor einiger Zeit totgeklägt wurde, hat das Zeitliche noch keineswegs gesegnet. Die Nachricht von Häusers Tod rührt offenbar von einer Verkünderin in der von seinen Freunden herausgegebenen Zeitschrift „Häuser“ selbst her, in der es in Nr. 151 wörtlich heißt: „Unser Freund Ludwig Christian Häuser ist nach monatelangem Leiden heute früh um 6 Uhr dahin gegangen, wohin ihm seine Getreuen dieses Mal nicht folgen können“. Für alle Welt bedeutet dies eine Todesmeldung, nur für Häuser nicht, bei dem ist — Reklame!

Bradenheim, 9. Okt. (Weinlese.) Die Portugieserlese hat in Badenheim begonnen. Anschließend folgt die allgemeine Weinlese. Gewicht für Portugieser und schw. Riesling 78-80 Grad nach Oechsle. Es gibt fog. Glucksberbst. Noch kein fester Preis. Wie man hört, 220 bis 250 Goldmark.

Biberach, 9. Okt. (Gemeinheit.) Dem Landwirt Rast in Mittelbiberach wurden vor einiger Zeit auf seinem Grundstück in der Nähe des Orts drei Bäume so beschädigt, daß sie abstarben. Nun mußte der Grundstücksbesitzer feststellen, daß vier weitere Bäume vernichtet waren, wodurch wiederum ein ganz erheblicher Schaden entstand.

Friedrichshafen, 9. Okt. (Rede Burschen.) 12-15 junge Burschen durchfahren auf einem badiischen Lastkraftwagen mit Anhänger unter Enthüllung der roten Sonnettscheibe mit Stern die Stadt. Die kampflustigen jungen Rotgardisten trugen Tornister und zielten mit ihren Säcken auf die Passanten und an die Fenster der Häuser hinauf. Der Vorfall rief natürlich lebhaftes Aergernis hervor.

Ostingen, 9. Okt. (Diebesfurcht.) Einem Landwirt wurde in den letzten Nächten sämtliches Weizenkraut gestohlen. Nur einige Köpfe blieben stehen. An diese war ein Zettel geheftet mit der Aufschrift: „Wer auf Gott vertraut, der braucht kein Kraut.“

Baden.

Karlsruhe, 8. Okt. Das Schwurgericht verhandelte gegen den 25-jährigen ledigen Tagelöhner Albert Morlok hier. Er war angeklagt, in einem Ehecheidungsprozeß einen falschen Eid geschworen zu haben. Der Angeklagte war bei einer Familie Dagen beschäftigt und im Lauf seiner Tätigkeit fand Frau Dagen an dem 14. Jahre jüngeren Menschen Gefallen. Es kam zu einem intimeren Verkehr zwischen den beiden, worauf der Ehemann gegen seine Frau einen Ehecheidungsprozeß einleitete. Im Verlauf dieses Prozesses wurde Morlok als Zeuge vernommen, wobei er jegliche intime Beziehungen zu Frau Dagen abstriet. Später teilte letztere dem Gericht selbst mit, daß Morlok die Unwahrheit gesagt habe, worauf gegen ihn ein Meineidverfahren anhängig gemacht wurde. Im Laufe der Schwurgerichtssitzung gab Morlok ebenfalls zu, seinezeit die Unwahrheit gesagt zu haben, doch sei ihm nicht bekannt gewesen, daß seine damaligen Aussagen in dem Ehecheidungsprozeß unter Eid gestanden hätten. Da die Geschworenen die Frage auf sachliche Weise beantworteten, wurde Morlok zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Badenweiler, 8. Okt. Der Eigentümer des vor dem Karlsplatz gelegenen Grundstücks hat die von dem Bergwerke be-

reitend früher angebotene Entschädigung abgelehnt und Klammungsklage auf sofortige Einstellung der Benutzung seines Grundstücks, das bis zum 1. Oktober 1923 an das Bergwerk verpachtet war, erhoben. Die Bergwerksverwaltung hat aus diesem Grunde den 60 Bergleuten und Beamten am Karlsplatz auf kürzeste Frist kündigen müssen.

Triebberg, 8. Okt. Bei der Post- und Jagdkontrolle konnte dieser Tage ein in französischen Diensten stehender Spion festgenommen werden. Man fand bei ihm einen ihm von französischer Seite zugegangenen Auftrag, alles in Baden auszu- und nach Frankreich zu bringen, was für Frankreich von Interesse ist. Es wurden von ihm Angaben über die Reichswehr, die Schutzpolizei, die Haltung der Bevölkerung, Angaben über die Fabriken usw. verlangt. Der Spion wurde ins bayerische Gefängnis eingeliefert.

Wonnheim, 8. Okt. Eine sonderbare Entscheidung machte ein Leser der „Neuen Badischen Landeszeitung“. Er erhielt eine Musterendung von einer Zeitung, die in der Nähe der holländischen Grenze liegt. Die Zeitung war mit 45 holländischen Centis frankiert. Warum? Deutsche Firmen bringen ihre Briefe und Musterpost nach Holland, um von dort billiger die deutschen Briefe nach Deutschland zu befördern.

Vermischtes.

Ausland überholt. Der Dollar wurde am Montag an der Berliner Börse mit 840 Millionen notiert. Da 120 Millionen Papiermark gleich einem Goldpfennig sind, hienmal 420 Goldpfennige einen Dollar darstellen, ist jetzt ein halber Goldpfennig gleich einer Million Papiermark. Aber damit noch nicht genug, liegt der Dollar im Abendverkehr sogar auf 1,150 Milliarden. Und so haben wir auch glücklicherweise überholt, indem wir effektiv unter den Kurs des Sonnertrubels mit unserer Mark gerufen sind. Es will scheinen, als ob die Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr und nicht die erwartete finanzielle Erleichterung, sondern den Beweis erbracht hätte, daß wir den Krieg erst recht verloren haben, als wir auch diesen Widerstand aufgaben.

Eine Frau als ordentliche Professor. Frau Studientrat Dr. Rathilde Voering in Berlin wurde zum ordentlichen Professor für Erziehungslehre an der philosophischen Fakultät der Universität Jena ernannt.

Aus der Textilindustrie. Die Lage in der gesamten deutschen Textilindustrie ist seit Ende Juli durch die Währungsverhältnisse außerordentlich verschärft worden und es ist zu einer fast vollkommenen Lähmung jeglicher Geschäftstätigkeit gekommen, zumal auch der Export fast ganz ausgefallen ist. Da der Preisstand in den meisten Artikeln über Weltmarktpreis steht, so daß ausländische Textilien ganz bedeutend billiger sind als deutsche Erzeugnisse. Viele Fabrikanten haben ihre Exportpreise herabsenken müssen, um Geschäfte zu machen. Die Industrie arbeitet daher nahezu mit Verlassen, wie dies seit vielen Jahren nicht der Fall gewesen ist. Die Arbeitslosigkeit ist größer denn je. Mangel an Betriebsmittel zwingen zur Einschränkung von Rohstoffeinkäufen. Die Lagerbestände nehmen zu, da kaum ein Absatz vorhanden ist. Die großen Geschäftsmessen hatten sämtlich unter dieser unerschwerlichen Lage zu leiden, die Umsätze blieben in den bedeutendsten Gewerben. Remmeswerte ausländische Aufträge wurden nicht erteilt.

Ein Straßenbahnfahrer von Fahrgästen geißelt. Ein Schaffner einer Straßenbahnlinie in Damm i. W. geriet mit Fahrgästen wegen des Fahrpreises in Streit und wurde von einigen Personen angegriffen. Er erhielt einige Schläge über den Kopf, stürzte bewußtlos zusammen und starb einige Zeit darauf.

In den Schnellzug hineingefahren. Der 27-jährige Otto Spiegel, Sohn des Oberamtsverwalters Spiegel aus Karlsruhe, fuhr von Rodenhausen nach Kreuznach. Am dortigen Bahnübergang schenkte ihm Herrmann eines Schnellzuges die Pferde und diese rannten in den Schnellzug hinein. Pferd und Wagen wurden zermalmt. Spiegel wurde durch mehrere Arm- und Beinbrüche, Schädel- und Wirbelsäulenverletzungen so schwer verletzt, daß er bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

90 Jentner Weizen geteilt. In Marktbeidenfeld wurden bei der Landwirtsfamilie Geißler 90 Jentner Getreide beschlagnahmt. Die Frucht stammt aus den Erntejahren 22, 21 und 20 und hatte teilweise schon den Kornwurm. Das Getreide sollten also lieber die Würmer verzehren, als daß man es ausserem darben und notleidenden Volk zur Ernährung zuführen hätte. Die Kommission veranlaßte ebenfalls, daß die Familie Geißler sofort ein schlachtreifes Stück Vieh abgab, andernfalls wäre auch dieses der Beschlagnahme andeingegeben. In zwei großen Lastwagen wurde die Frucht dem Lagerhaus zugeführt. Der Wert des beschlagnahmten Getreides beträgt

etwa 20 Milliarden Mark und nach den heutigen Bestimmungen kann die ganze Menge neben den üblichen Strafen für Verstoß erklärt werden. So geht, wenn man keine Zeitung liest, die für seine übrigen Mitmenschen nichts übrig hat. Jeder ländliche Landwirt muß eine solche triviale Burschenschaft vermeiden und besonders im Interesse der ablieferungsfähigen landlichen Bevölkerung ist es gelegen, daß solche Burschenschaften los ausgeladert werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 9. Okt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 127 Ochsen, 47 Kühe, 10 Jungbullen, 264 Jungkälber, 303 Kälber, 291 Kälber, 180 Schweine, 180 Schafe. Unverkauft blieben 17 Ochsen, 14 Jungbullen, 14 Jungkälber, 33 Kälber. Erlös aus 11 Pfund Lebendgewicht in Millionen Mark: Ochsen 1. 44 bis 45 (am 4. Okt.: 20-22), 2. 36-42 (16-19), Bullen 43-45 (19-20), 2. 35-42 (15-18), Jungkälber 1. bis 47 (20-22), 2. 41-44 (12,5-15), Jungkälber 1. bis 17, Kälber 1. 38-40 (16-20), 2. 30-36 (12,5-15), 22-28 (9-11), Kälber 1. 54-55 (23-24), 2. 51-52 (21-22), 3. 48-50 (18-20), Schweine 1. 70-81 bis 38), 2. 77-78 (32-34,5), 3. 65-70 (28-31). Verkauf des Marktes: bei Schweinen und Kälbern befähigt, bei Großvieh mäßig.

Stuttgart, 9. Okt. (Vom Wochenmarkt.) Heute lebten in Millionen Mark: Kefel 10-30, Birnen 11-12, Zwetschgen 7-10, Pfirsiche 15-20, Quitten 15-28, Äpfel 35-40, Nüsse 28-35, Tomaten 10-14, Kraut 3-10, Rotkraut 11-12, Kohl 10, Winterkohl 10, gelbe Rüben 3-8, rote Rüben 5-6, Spinat 12-15, Zwiebeln 4-7, Bohnen 20-25 das Pfund, mittelgroße Backen 5-10, Kopfsalat 1,5-4, Endiviasalat 2-5, Kohlrabe 2-4, Rettich 2-5, Blumenkohl 12-40, Rosenkohl 10-15 das Stück, Kartoffeln das Pfund 4 Millionen. Eier fehlten gänzlich ganz. Ferner kosteten Butter 180, Schmalz 250, Margarine 200, Schmelzmargarine 220, Kofolfsalt 190, Salz 220, Speisefett 200 das Pfund; Emmentaler Käse 20, Schweizer 30, Tilsiter 16-22, Edamer 32, Münster 18, Rahmkäse 20-22, Bockweinkäse 18, Kräuterkäse 15 die 1/2 Gramm, ein Stüpfel Kräuterkäse 8-12, ein Eicken Gammert 23, Nudeln 85, Gries 35, Erbsen 60, Runkelrüben 4, Milchkäse 200, Reis 70 das Pfund, Dosenmilch 20, Mehl 5 Millionen pro 15 Gramm.

Stuttgart, 9. Okt. Dem gestrigen Monatspferdemarkt waren 162 Pferde zugeführt. Die Preise bewegten sich für leichte Pferde zwischen 10 und 30 Milliarden, für mittlere zwischen 30 und 50, für schwere zwischen 70 und 100 Milliarden, ausnahmsweise sogar 150 Milliarden. Der Markt war unter den Händlern mäßig belebt, sonst ruhig. Mehr die Hälfte der zugeführten Pferde wurde verkauft. Der Hundemarkt waren 115 Hunde zugeführt und zwar Schloßhunde, Doggen, Dobermann und Schnauzer. Preis für große Hunde 2-10 Milliarden, für kleine 100-700 Millionen.

Reutlingen, 9. Okt. (Obst- und Fruchtmarkt.) Ein armer Schlucker, der heute ohne Milliarden in der Nähe zu Markte geht. Auf dem Obstmarkt wurde ziemlich viel Ware zugeführt; der Preis ging bis 900 Millionen für im Jentner, das Meiste wurde aber für 800-850 Millionen verkauft. Der Fruchtmarkt zeigte einen Niefenbetrieb so kaum einmal. Der Platz vor und hinter dem Rathaus hat 1. Schwarzw. Kreislitz, voll von Bauernführerwerten, die aber im einzelnen und allgemein mit kleineren Quantitäten zu Markte brachten. Es scheint, daß die Landwirte Geld zu bezahlen der Steuern brauchen. Auch da wurde alles verkauft. Unter den Käufern befanden sich viele Preiswähler, die früher nie daran dachten, auf die Fruchtlichrome zu gehen. Der Jentner Weizen galt bis über 1 Milliarde; die anderen Getreidesorten kosteten entsprechend.

Ravensburg, 9. Okt. (Fruchtpreise.) Die Schwan notierte folgende Durchschnittspreise pro Toppfennig:

„Heimgesunden.“

Novelle von Maria Darling.

17) (Nachdruck verboten.)

„Nein, nein Liesel, undenkbar ist Heinz nicht. Es geht ihm wie dem angeschossenen Wilde, das sich mit seiner Wunde im Dunkel des Waldes verbirgt. Du hast Heinz nicht geliebt, Liesel, sonst müßtest Du ihn besser kennen. Seine überaus empfindsame Natur scheint ein Bloßlegen seiner Herzenswunde vor den Menschen.“

Liesel hat ihre Ruhe wiedergewonnen, kühl blüht sie die Schwester an.

„Bist ja sehr bereit als Heinzens Verteidigerin. Wer weiß, was sich noch alles ereignen kann. Vielleicht kommt er noch eines Tages zurück und heiratet seinen häßlichen Anwalt zum Lohn für die eifrige Verteidigung.“

Enttäuscht blüht Elfriede auf die Schwester. „Nein, Liesel hat kein Herz, sonst könnte sie nicht so grausam scherzen über einen Menschen, dem sie das Herz gebrochen. Ehe sie jedoch Liesel auf ihre ungezogenen Worte etwas erwidern kann, steht Fritz nach kurzem Anfluchen den Kopf durch die Tür.“

„Bist Du fertig, Liesel? Es ist höchste Zeit, der Bagen wartet schon lange.“

Liesel wirft der Schwester mit spottendem Blick eine Kuhhand zu.

„Ach wohl, Elschen, ich werde auf der Hochzeitreise an Dich denken.“

Finstern Blickes schaut Elfriede der Schwester nach. „Der glöckliche Geschöpf!“ murmelt sie. „Wie ist es mir möglich, daß sich zwei im Grunde gute und edle Männer von Deinem häßlichen Weibchen betören lassen.“

Aus dem Bette tönen die lockenden Weisen der Tanzmusik, doch Elfriede steht der Sinn nicht nach Musik und Tanz. Das Herz ist ihr so schwer. Ungelesen schleicht sie vom Hofe fort und schlägt den Weg zum Dorfe ein. So still und friedlich liegt das kleine Dorf, vom weichen, weißen Mondlicht umflossen. Im blühenden Weizen-

dornstrauch singt und schluchzt die Nachtigall, der süße, betäubende Duft des Flieder kommt in ganzen Duftwellen vom Garten des Schulhauses herüber.

Ganz langsam geht Elfriede heim, Schritt für Schritt. Sie fühlt ja, wie der stille, wonnensame Friede der Frühlingsnacht seinen Zauber auch um ihre weiche Wunde Seele spannt, und sie will ihn genießen, diesen holden Zauber. Frau Gehring ist schon vor Elfriede heimgelangen. Sie sitzt ganz still am Fenster, die Hände im Schoß gefaltet. Sie sinnet vergangenen Zeiten nach. Wie schön und traulich war es dereinst im Schulhaus, wie friedlich lebten die anspruchlosen Menschen nebeneinander.

Dann wurde Liesel größer, ihre schlechten Eigenschaften schienen die guten überwiegen zu wollen. Frau Liesel wehete sich dagegen, sie wollte ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, sie kroste Liesel mit unnachlässiger Strenge. Liesel aber wurde störrisch und der verblendete Vater, der sein häßliches Kind vergötterte, fand immer wieder eine Entschuldigung für das verzogene Mädchen. So schwieg Frau Liesel denn, das Erfolgslose ihrer Bemühungen einsehend.

Liesel hätte bei einer sorgfältigen Erziehung ganz wohl zu einem edlen Geschöpf heranreifen können, denn im Grunde war sie kein schlechter Charakter. Ihre maßlose Eitelkeit und Eigenliebe aber hatten ihre guten Eigenschaften überwuchert, hatten ein falsches flatterhaftes und vergnügungssüchtiges Wesen aus ihr geschaffen.

An all dieses denkt die stille, blass Frau und sie seufzt tief und schwer. Durch das offene Fenster klingt leise verhallend die Musik herein, sie treibt der einsamen Frau die Tränen in die Augen. Ihre Gedanken fliegen zu Heinz. Wo mag er weilen? Sie hat den mutterlosen Knaben fast so lieb wie ihre eigenen Kinder. Warum mußte er sein Herz an die schöne Liesel verlieren?

Elfriedens Eintreten rüdt sie aus ihren Gedanken auf.

„Sie sind fort, Mutter, Gott sei Dank, da konnte ich auch heim kommen. Ich bin, getreu Deiner Weisung, so zum letzten Augenblick bei Liesel geblieben. Ob sie wohl glücklich wird?“

Elfriede hat während des Sprechens ein Fußschleichen herbeigeholt. Sie setzt sich neben die Mutter und lehnt den Kopf an ihre Arme.

„Wir wollen hoffen, daß das junge Paar glücklich wird, mein Kind. Fritz ist ein ehrlicher Mensch und ein willensstarker Charakter. Eine starke Hand aber ist Liesel not. Viellecht vermag Fritz es, ihre guten Eigenschaften besser zu fördern als ich es konnte. Doch wenn bist Du nicht auf dem Fest geblieben? Du bist jung und hast hier im Dorf so wenig Gelegenheit, Dich zu amüsieren.“

„Mich verlangt nicht darnach, Mutter. Wie bitte ich heute tanzen können, bei dem strengen Gedanken an Heinz. Wo er wohl weilen mag, Mutter?“

Die Mutter seufzt. Eine Träne fällt auf Elfriedens blonde Wöden.

„Ich weiß es nicht, mein Kind, ich habe an den ganzen Tag an ihn denken müssen. Aber Du, mein armes Kind, daß Dein junges Leben vergiftet ist durch diese unglückliche Liebe, das tut mir so bitterlich weh.“

„Still Mutter, rühre nicht daran. Ich müßte ja verbluten an der Wunde, wollte ich sie offen legen.“

Nur Du darfst um meine stille Liebe wissen, weil ich jemanden haben muß mit dem ich über Heinz reden kann. Neben aber darfst auch Du niemals mit mir von meiner Liebe, ich kann es nicht ertragen, es tut so unjagbar weh.“

Die Mutter läßt ihr stilles, edles Kind fast andächtig an die Seite.

„Gott wird Dich segnen für alle Liebe, die Du mir gibst, mein Elschen. Hätte ich Dich nicht gehabt, ich hätte wohl noch schwerer am Leben getragen als jetzt. Er wird auch Dich wohl glücklich machen, eine leise Hoffnung sagt es mir.“ (Fortsetzung folgt.)

den heutigen Bestimmungen...
127 Ochsen, 47 Bullen, 3003 Röhre, 291 Kühe, 1800 Schweine...
127 Ochsen, 47 Bullen, 3003 Röhre, 291 Kühe, 1800 Schweine...

Verkehr.

Diensstagmarkt am Bieh...
127 Ochsen, 47 Bullen, 3003 Röhre, 291 Kühe, 1800 Schweine...
127 Ochsen, 47 Bullen, 3003 Röhre, 291 Kühe, 1800 Schweine...

Millionen Mark: Korn 2055, Weizen 1642, Weizen 2235, Roggen 1688, Gerste 1615, Haber 1075, Delsamen 500.

Vom Geldmarkt.

Dollar in Berlin 1 197 000 000 G., 1 203 000 000 B.
Mittelkurs 1 200 000 000 (838 000 000)
Dollar in Frankfurt 1 596 000 000 G., 1 604 000 000 B.
Mittelkurs 1 600 000 000 (900 000 000)

Goldmarkt nach Berliner Mittellkurs
285 714 285 (199 523 809) Papiermarkt
288 428 571 (200 022 619) Papiermarkt

Gen-Porter Schluszkurs vom 9. 10.:
0,0000007 Dollar = 1428 571 429 Mark
Im Berliner Abendbörseverkehr sank die Mark sehr stark.
Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Berliner Mittellkurs des Dollars ist heute, am 9. Oktober, 1200 Millionen.

Schuldenschnitt ab 15. Sept. 90%
Lombard mit Wertungsklausel ab 15. Sept. 10%
Lombard für Papiermarkt 105%
Goldzollgeld vom 10. bis 12. Oktober
13 699 999 900 u. S. (6 689 999 900)

1 Goldzollmark = 137 (66,9) Mill.
1 holl. Gulden nach Berl. Briefkurs 476 187 000 Mark,
1 belg. Franken nach Berl. Briefkurs 64 160 000 Mark,
1 holl. Franken nach Berl. Briefkurs 73 182 500 Mark,
1 Schweizer Franken u. Berl. Briefkurs 216 240 000 Mark,
1 ital. Lire nach Berliner Briefkurs 54 736 000 Mark,
1 engl. Pfd. nach Berliner Briefkurs 5513 750 000 Mark,
1 Herr. Krone nach Berl. Briefkurs 17 243 Mark.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 9. Okt. Wie wir hören, hat sich Staatspräsident Dr. v. Giebert nach Berlin begeben.

Stuttgart, 9. Okt. Der Abg. Winter (Soz.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Erhebung der Landabgabe in der bisherigen Weise ist für die kleinen Betriebe nur schwer tragbar und vielfach mit besonderer Härte verbunden. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Bestimmungen zur Erhebung der Landabgabe im Sinne einer Entlastung für kleinen Landwirte und Arbeiter abgeändert werden? Da Dringlichkeit wegen bitte ich um schriftliche Beantwortung.

München, 9. Okt. Die Polizei beschlagnahmte in einem Hause in der Johannisstraße mehrere Zentner kommunistische Agitationsmaterial, das von der Berliner Zentrale der kommunistischen Partei nach München geschickt worden war.

München, 9. Okt. Der Generalkommissar griff auch in die Angelegenheiten der Milchverarbeitung ein. Er hat umfassende Anordnungen erlassen, die u. a. den Landwirten jede über den dringenden Eigenbedarf hinausgehende Verarbeitung, sowie die Verführung von Milch zu Butter, die Beugnahme von Puttermaschinen vorziehen und ländliche Landwirte mit erheblichen Abgaben belegen. Die Kontrolle von Milchverarbeitungen aus Bayern wird von der Landesregierung der Landesstellen abhängig gemacht. Zur Zeit beschäftigt sich das Generalkommissariat mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich vor allem gegen Wucher- und Schiebertum richten.

München, 9. Okt. Die Nachricht von der Ausweisung von Juden durch das Generalkommissariat ist, der Amerikaner Staatsz. zufolge, unrichtig. Es wurde lediglich für eine Reihe von Juden aus Sowjetrußland, die teilweise schon seit längerer Zeit in Bayern Aufenthalt genommen haben, die abermalige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert.

München, 9. Oktober. Berliner Blättern zufolge soll der Abgeordnete Reichsheim in seiner gestrigen Rede gesagt haben, die im Hause der Münchener Post beschlagnahmten Briefe hätten dort mit Zustimmung des bayerischen Innenministers gelesen. Die Korrespondenz Hoffmann erklärt eine solche Behauptung für unrichtig.

Kirchberg, 9. Okt. Wie dem „Frankfurter Kurier“ von der „Reichsflagge“ mitgeteilt wird, bedeutet die Billigung der Politik Reichs durch die Landesregierung des Bundes nicht, daß dieser sich bedingungslos auf Gedeih und Verderb nahe anschließen will. Die „Reichsflagge“ sei eine großdeutsche Bewegung, deren Ziel die Lösung der deutschen Frage sei. Solange diese von ihm verfolgten Weg geht, werde die „Reichsflagge“ restlos zur Verfügung stehen. Im Augenblick habe Hitler, der den Entschluß des Führers der „Reichsflagge“, sich hinter Reich zu stellen, mißbilligte, die ihm von kurzem übertragene Führung des „Deutschen Kampfes“ niederggelegt.

München, 9. Okt. In dreitägiger Sitzung wurde vor dem bayerischen Schwurgericht gegen die Frau Franziska Wagemann und deren Liebhaber Joseph Schneider verhandelt. Beide hatten gemeinsam dem kranken Ehemann Wagemann mit heimlich vergifteten Speisen verabreicht. Der Ehemann starb am 16. April d. J. Die Leichendefinition ergab Arsenvergiftung. Die Frau wurde des Mordes, ihr Liebhaber der nachlässigen Tötung für schuldig erklärt. Sie wurde zum Tode, der Liebhaber zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dresden, 9. Okt. Da das neue Regierungsprogramm infolge des Eintritts der Kommunisten in die Regierung nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, wurde die Eröffnung des sächsischen Landtags vom 9. 10. auf den 11. 10. verschoben. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Das „Berliner Tageblatt“ meldete am 6. ds. Mts., in ausgedehnten Kreisen der beiden Regierungsparteien bestünde die Absicht, nach dem Beispiel von Bayern auch für Sachsen

einen Staatskommissar zu ernennen. Die Meldung ist falsch. Diese Absicht hat nie bestanden.

Berlin, 9. Okt. Louis „V. J.“ wurde eine Frau in einem Geschäft angehalten, die einen Milliardenchein mit verkehrtem roten Aufdruck in Zahlung gab. Es wurde festgestellt, daß ihr Sohn, der Buchdrucker Koppe, einer für die Reichsbank arbeitenden Druckerei, bei der er beschäftigt war, einen Bogen der nicht ausgegebenen 1000 Mark-Scheine entwenden hatte, dem er nun verächtlich die verkehrte rote Aufschrift aufgedruckt hatte. Koppe wurde von der benachrichtigten Polizei überrascht, als er mehrere Milliardencheine in den Ofen stecken wollte.

Berlin, 10. Okt. Gestern haben im Reichstag zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und den Führern der Ruhrindustriellen einleitende Besprechungen über die Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet stattgefunden.

Berlin, 10. Okt. Dem „Vorwärts“ zufolge finden heute im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und den Vertretern des Bergbauischen Vereins über die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet statt. Am Donnerstag soll in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern über die gleiche Angelegenheit verhandelt werden.

Berlin, 9. Okt. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird vom 12. Okt. an die Telegraphen- und Fernsprechkosten erneut erhöhen. Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr werden 16 Millionen Grund- und 8 Mill. Vortagegebühr kosten, Ortsgespräche 10 Millionen; andere Gebührensätze erhöhen sich entsprechend. Wie den Zeitungen von zuständiger preussischer Seite mitgeteilt worden ist, sind die Staatsgruben im Ruhrgebiet angewiesen worden, die alte Arbeitszeit beizubehalten. Das im Zusammenhang mit der Flucht Erhardts verhaftete Ehepaar von dem Suche-Lohse aus Gernrode ist nunmehr wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Maßgebend für diesen Beschluß des Staatsgerichtshofes war anscheinend die Tatsache, daß Frau von dem Suche-Lohse in der Haft mit ihren Nerven so zusammengebrochen ist, daß ein Selbstmordversuch zu befürchten ist.

Paris, 9. Okt. Der päpstliche Delegat im Ruhrgebiet, Mgr. Tella, hat, wie Havas berichtet, heute nachmittag dem General-Depoutte einen Besuch abgestattet und sich lange mit ihm unterhalten. Mgr. Tella übermittelte dem General-Depoutte das Verlangen des Papstes, eine gewisse Anzahl Deutscher, die wegen politischer Vergehen von den französischen Kriegengerichten verurteilt wurden, zu begnadigen. General-Depoutte hat dem Delegaten versprochen, diesen Wunsch mit größtem Wohlwollen und mit dem lebhaftesten Wunsch, seiner Forderung Folge leisten zu können, zu prüfen.

London, 9. Okt. Die englischen Dominions sollen für eine aktivere Reparationspolitik, aufgebaut auf einem freundschaftlichen Zusammenarbeiten mit Frankreich, eintreten. Arbeiterführer Henderson forderte gestern abend in einer Rede in Nelson (Cumbria) die Regierung an, unverzüglich eine nicht mißzuverstehende Erklärung über ihre Haltung angesichts der neuen Lage im Ruhrgebiet abzugeben. Der gegenwärtige Augenblick sei für Zweideutigkeiten nicht geeignet. Die Zeit zum Handeln sei gekommen. Die Regierung müsse auch für Deutschland auf dem Recht zur Teilnahme an den Verhandlungen bestehen und sich gegen jede Annexion deutschen Gebiets erklären. In einer Rede in Chelmsford sagte der ehemalige Arbeitsminister Clynes, es sei nicht erstaunlich, daß das britische Volk über das ziellose Dahinschreiten, das anstelle einer bestimmten Politik getreten sei, immer besorgter werde.

Weitere starke Verschlechterung der Mark.
Frankfurt, 9. Okt. Die Abwärtsbewegung der Mark geht in einem noch nie dagewesenen Tempo vor sich, wobei die Umsätze nur kleinen Umfang annehmen. Der Dollar wurde mit 1100 gegen 7 Mark gestern abend gehandelt. In Zürich wurde heute die Mark mit 0,00000045 bis 0,00000036 gehandelt, was einer Dollarparität von 1210-1250 entspricht. Der New-Yorker Schluszkurs lautete etwas niedriger: 0,00000121 gleich 835 Millionen. Im heutigen Frühverkehr war die Stimmung wieder recht fest. Dollarnoten wurden zu 1200-1225-1250 genannt und bewegten sich später auf einem Stand von 1500-1600.

Ausfall des Minus aus der Firma Stinnes.
Wie unsere Berliner Schriftleitung von authentischer Seite erfährt, ist Generaldirektor Dr. Friedrich Stinnes aus der Firma Duxo Stinnes ausgeschieden infolge persönlicher Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiet, die sich zwischen Stinnes und ihm herausgebildet haben. Friedrich Stinnes war Generaldirektor im Stinnes-Konzern und namentlich Vertreter der Duxo Stinnes G. m. b. H. in Berlin und solcher Abteilungen, in denen der mitteldeutsche Kohlenhandel, das Holz, Zellhose, Papier und Zeitungswesen konzentriert war.

Erregung unter den Ruhr-Eisenbahnern.
Die Lage der deutschen Eisenbahnen im Ruhrgebiet wird von Tag zu Tag schwieriger. Ausweisungen und Verhaftungen erfolgen nach wie vor täglich. Eine Wiederaufnahme der Arbeit wird von allen Eisenbahnorganisationen solange abgelehnt, als nicht Klarheit darüber geschaffen wird, daß die Eisenbahnen der Ruhr oder den deutschen Behörden unterstellt werden. Die Franzosen und Belgier setzen es offensichtlich darauf ab, vor Beginn der offiziellen Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Wiederherstellung der Wirtschaft im Ruhrgebiet die vor vollendete Tatsachen zu stellen; denn sie haben den Eisenbahnern ein bis heute befristetes Ultimatum gestellt, wonach alle diejenigen, die sich nicht zur Arbeit melden, ausgewiesen werden sollen. Hierdurch sind etwa 50-60 000 Eisenbahner, die bis jetzt die Arbeit noch nicht aufgenommen haben, betroffen. Angesichts dieser Lage hat sich Ende der vergangenen Woche eine Abordnung von Eisenbahnern nach Berlin begeben, um mit der Reichsregierung Klärung zu suchen. Wie aus Berlin hierzu gemeldet wird, hat sich das Kabinett eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Auffassung des Kabinetts geht dahin, wie wir zuverlässig hören, daß für diejenigen Eisenbahner, welche die verlangten Dienst-Verpflichtungen übernehmen in Berücksichtigung ihrer Zwangslage und der ihnen angebotenen Gewalt keinerlei Nachteile entstehen sollen, sobald die Bahnen wieder in deutschen Besitz übergeben. Mit diejenigen, welche die verlangten Verpflichtungen nicht übernehmen, soll falls sie ausgewiesen werden, nach Kräften vorgegangen werden. Da diese Auffassung nicht geeignet ist, die bestehenden Zweifel innerhalb

der Eisenbahnerschaft zu lösen, hat sich der Eisenbahner im Ruhrgebiet eine heftige Erregung bemächtigt.

Aufnahme der Arbeit durch die Bergarbeiter.
Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben die Betriebsräte des Bergwerks Isern in Rauxel, das von der französisch-belgischen Ingenieurkommission ausgedeutet wird, an die französischen Direktoren die Frage gerichtet, unter welcher Voraussetzung sie auf ihre Arbeitsstätte zurückkehren können. Den Betriebsräten wurde zur Antwort gegeben: 1. Die Betriebsräte bewahren ihr Aufsichtsrecht. 2. Die ausgewiesenen Arbeiter dürfen nach dem besetzten Gebiet zurück. 3. Das Betriebsrätegesetz bleibt im Bergwerk in Kraft. 4. Den Arbeitern werden ihre Wohnungen zurückgegeben. 5. Die Arbeiter erhalten ferner den Wert ihrer während der Besetzung in den Bergwerken zurückgelassenen Kleidungsstücke vergütet. 6. Die Bergarbeiter bekommen die nötigen Haushaltungsgegenstände zur Devisatufgabe zu. 7. Die Bergwerke werden nicht länger militärisch besetzt. Den Betriebsräten wurde weiter mitgeteilt, daß zwei andere Garantien, um die sie eingekommen waren, nicht zugesagt werden könnten. Es handelt sich hier 1. um die Rückführung der gegen die Direktoren erlassenen Ausweisungsbefehle und 2. die Entlassung auswärtiger Arbeiter. Hieran gaben die Arbeiter ihrer Absicht Ausdruck, die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen. (Und die ausgewiesenen Direktoren? Schriftl.)

Ablauf der Demobilisierungsverordnungen.
Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich in seiner Sitzung vom 6. Oktober mit dem am 31. Oktober bevorstehenden Ablauf der Demobilisierungsverordnungen beschäftigt und ist nach Prüfung der derzeitigen Lage zu der Auffassung gelangt, daß eine Beschäftigung insbesondere der sozialpolitischen Verordnungen: 1. Betr. Erwerbslosenfürsorge vom 1. 11. 21 mit Veränderungen, 2. Betr. Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. 11. und 17. 12. 18, 3. Betr. Arbeitszeit der Angestellten vom 18. 3. 19 aus allgemein sozialpolitischen Gründen zur Zeit unzulässig erscheint. Hinsichtlich der unter Ziffer 2 und 3 genannten Verordnungen betr. Arbeitszeit hält der sozialpolitische Ausschuss eine Ergänzung dahingehend für notwendig, daß neben den bestehenden behördlichen Maßnahmen auch tarifliche Vereinbarungen von Arbeitnehmern zulässig seien. Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erludte die Reichsregierung die Gültigkeitsdauer der unter Ziffer 1-3 genannten Verordnungen bis 31. 3. 1924 zu verlängern. Eine Abstimmung über die Verordnung betr. Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. 2. 20 nebst Veränderungen ergab, daß mit 17 gegen 12 Stimmen die Verlängerung dieser Verordnung vom Ausschuss abgelehnt wurde. Die Entscheidung über die Verordnung betr. Maßnahmen gegen Betrübungsabfälle und Störungen vom 8. 11. 20 wurde zurückgestellt, da über diese Verordnung in Kürze die beiden Hauptausschüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in gemeinsamer Sitzung beraten werden. Ein vom Reichsarbeitsminister zur Begutachtung vorgelegter Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wurde nach kurzer Aussprache dem Demobilisierungsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Kohlenlieferungsabkommen der Rhöngruppe mit Frankreich.
Havas berichtet aus Düsseldorf, zwischen der internationalen Kontrollkommission „Rhön“ und den Gesellschaften „Rhön“ und „Rheinthalwerke“ sei ein Abkommen getroffen worden. Hiernach nähmen diese beiden Konzerne die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlensteuer und die rückständige Kohlensteuer seit der Besetzung. Als Gegenleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben und den Fabriken aus Grund der erlangten Ausfuhrerlaubnis gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte auf der Grundlage des Exports von 1922 aufzunehmen. Der „Matin“ teilt in bestimmter Form den Inhalt des Abkommens mit, das die Gruppe Cito Wolff-Rhön mit General-Depoutte abgeschlossen und unterzeichnet habe. Nach dem französischen Blatt soll darin folgendes vereinbart worden sein: 1. Die Gruppe Rhön hat an die französische Regierung die Kohlensteuer von den letzten drei Monaten des Jahres 1922 zu bezahlen, die noch nicht geliefert sei. Die Gruppe Rhön bezahlt des weiteren an die französische Regierung die Kohlensteuer für die Zeit vom 11. Januar 1923 bis zur Unterzeichnung des Abkommens. Die für Reparationskonto gelieferten Kohlen werden keiner Abgabe unterliegen. 2. Die Gruppe Rhön wird den Franzosen eine Menge Kohlen liefern, die in einem bestimmten Verhältnis zu dem Ertragsnis der Gruben und Hütten steht und im Verhältnis zu den Beträgen, die Frankreich geschuldet werden. Die beschlagnahmten Sprengstoffe und Produkte gehören den Franzosen. 3. Die Vorräte in Metallergzeugnissen werden nach Maßgabe der durchgeführten Zahlungen freigegeben werden mit Pfandgarantie für die Summe, die Frankreich in Bezug auf die Kohlensteuer zahlt. 4. Nach Erfüllung dieser Bedingungen wird der Gruppe Rhön gestattet, ihre Kohlen und Produkte in Deutschland zu dem ihr gut sehr niedrigen Preise zu verkaufen. Man gibt ihr sogar die Ermächtigung, eine gewisse Anzahl von Tonnen nach dem Auslande zu exportieren. 5. Alle diese Verträge und Exzesse sind der Kommission unterworfen, die sich je nach der Lage eine Ausdehnung oder Verringerung dieser Erlaubnis vorbehält. Von deutscher Seite liegt eine Befestigung dieser Pariser Bedingungen zurzeit noch nicht vor.

Keine Regierungsantwort an die Ruhrindustriellen.
In den Forderungen der Ruhrindustriellen an die Regierung bemerkt die „Zeit“: Die Regierung wird, wie wir hören, auf diese Forderungen keine Antwort erteilen. Die „Zeit“ nimmt weiter in einem „Legende und Wahrheit“ überschriebenen Aufsatz, der sich über drei Langspalten hinzieht, Stellung zu Stinnes heutigem Schreibbrief an die Deutsche Allgemeine Zeitung. In diesem nicht geschilderten Aufsatz, über dessen Verfasser wohl Klarheit herrschen dürfte, schreibt die „Zeit“: Herr Stinnes hat in der Tat in der Forderung der Deutschen Goldpartei von dem Beschluß des bergbauischen Vereins Kenntnis gegeben und es ist richtig, daß der Minister, der dieser Forderung zustimmt, auf diese Weise von dem Beschluß Kenntnis erhielt. Eine offizielle Bekanntgabe des Beschlusses an den Kanzler ist nicht erfolgt und könnte wohl auch bei der Natur dieses Schrittes, der ja gegen die Weisung verstoßt, nicht erfolgen. Das ist wohl einleuchtend. Nach Mitteilung von beteiligter Seite soll es sich bei den angeblichen Forderungen um eine Niederschrift, welche die Industriellen über ihre Verhandlungen mit Depoutte amtlichen Berliner Stellen unterbreitet hätten, handeln. Die sehr Forderungen seien die von Depoutte gewelken, nicht die ihren. Von dieser Niederschrift habe ein Exemplar über „Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“ den Weg in die Presse gefunden und ist dabei entlehnt worden. Wir geben diese Darstellung wieder, wie sie uns gegeben wird. Eine völlige Klärung der Angelegenheit wird ja nicht ausbleiben.

Zunächst keine erhöhte Arbeitszeit im Ruhrbergbau.
Berlin, 9. Okt. Nach einer Meldung aus Essen ist die Forderung nach der Verlängerung der Arbeitszeit von den Bergwerkbetrieben nicht durchgeführt worden. Die Aufforderung

des Reichsarbeitsministeriums, mit der Verlängerung der Arbeitszeit zu warten, bis neue Verhandlungen stattgefunden haben, ist von allen Seiten befolgt worden.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Die in der Morgenausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Ausführungen von Stinnes finden in den Abendblättern allgemeine Beachtung. In Sachen der Darlegungen Stinnes zur Frage der Arbeitszeit im Bergbau erfährt das „Berliner Tageblatt“, Stresemann erfuhr von dem am 30. September in Unna gefassten Beschluß erst nach der Rede Stinnes in der Fraktions Sitzung der Deutschen Volkspartei. Bei dem Beschluß der Volkspartei, der die Wiedereinführung der Arbeitszeit vor dem Kriege ins Auge faßt, habe offenbar ein Mißverständnis mitgewirkt; denn Dr. Stresemann wie andere Mitglieder der Partei waren der Ansicht, daß es sich um eine einstündige Verlängerung der Arbeitszeit handele, während Stinnes, wie sich erst später herausstellte, die Ein- und Ausfahrt in die von ihm vorgeschlagene Arbeitsdauer nicht einrechnen wollte, was denn auch im Zentrum schärfste Ablehnung fand. Stresemann teilte deshalb in der nächsten Fraktions Sitzung der Deutschen Volkspartei mit, daß der Vorschlag von Stinnes auch innerhalb einer rein bürgerlichen Koalition vollkommen unannehmbar sei.

Berlin, 9. Okt. Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns mitgeteilt: Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände faßte den einstimmigen Beschluß, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuschließen. Maßgebend für diesen Beschluß waren die letzten Maßnahmen des schwerindustriellen Unternahmeriums, die gegen die Lebensinteressen der gesamten Nation verstoßen und sich willkürlich über Gesetze und Verträge hinwegsetzen und damit eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft zerstören. — Wie verkündet, wird der Vorstand des Gewerkschaftsrings angefaßt, der Tragweite dieses Entschlusses alsbald den Großen Ausschuss zu einer endgültigen Beschlußfassung zusammenberufen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Okt. Auf der Tagesordnung der heute nachmittag 2 Uhr begonnenen Sitzung des Reichstags stand die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes in Verbindung mit einem Antrag Fischer (Dem.), der Gesetze verlangt zum Abbau der Beamtenschaft, zur Reorganisation der Justiz und Reichsverwaltung, zur Vereinfachung der Reichsministerialverwaltung und des Geschäftsganges des Reichstags. Wie vorauszu sehen war, traten bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes die Gegensätze scharf in Erscheinung, so daß die Sitzung, die wieder bis gegen Mitternacht dauerte, häufig einen bewegten Verlauf nahm. Die Opposition gegen das Gesetz setzte sich zusammen aus der Rechten, der äußersten Linken, den bayerischen Parteien (Bauernbund und Volkspartei), sowie der kleinen Fraktion der Deutsch-Hannoverschen Partei. Aber auch innerhalb der Regierungsparteien, die dem Gesetz grundsätzlich zustimmen, war man in gewisser Beziehung nicht ohne Bedenken. Einen tiefen Eindruck und große Unruhe auf der Linken rief die Erklärung des bayerischen Gesandten von Bröger, die er namens seiner Regierung abgab und die eine Wiederholung seiner Erklärung im Reichstag darstellte, hervor, daß die bayerische Regierung dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen könne, da sie Bedenken trage in die Hand der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in dem Entwurf enthalten sind, zumal sie sich nicht einmal auf diejenigen Gebiete erstrecken sollten, auf denen sie am notwendigsten seien. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm auch die von sozialdemokratischer Seite aufgeworfene Frage über die Verhandlungen deutscher Großunternehmer in den besetzten Gebieten mit den Franzosen ein. In letzterer

Einmütigkeit war sich das Haus in der Beurteilung eines solchen die Lebensinteressen des deutschen Volkes stark berührenden Vorgehens einig. Auf der Linken war man empört und verlangte die gerichtliche Verfolgung der Großindustriellen wegen Landesverrats. Der Minister des Innern Sollmann gab bezüglich dieser Angelegenheit namens der Regierung eine Erklärung ab, daß die Herren Stinnes, Böglar und Glöckner im Auftrag des bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen haben. Ihre Absicht, vorher mit dem Reichsfiskus Rücksprache zu nehmen, sei nicht zur Ausführung gekommen, weil der Reichsfiskus sie wegen der mit der Regierungskasse verbundenen Besprechungen nicht habe empfangen können. Nach ihrer Rückkehr von den Verhandlungen hätten sie dem Reichsfiskus über das Ergebnis berichtet. Die in der Presse veröffentlichten 10 Fragen der Industriellen an die Reichsregierung, die am Sonntag überreicht worden seien, hätten bisher noch nicht zur Grundlegung von Entscheidungen gemacht werden können, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten hätten, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme an Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen und die Berichterstattung hierüber zunächst abzuwarten werden müsse. Der Minister hat das Haus, sich mit dieser Erklärung vorläufig zu begnügen. Schließlich wurde das Ermächtigungsgesetz in erster Beratung unter Ablehnung eines deutsch-nationalen Antrags auf Ausschlußüberweisung angenommen. Zur zweiten Beratung des Gesetzes drachten die Kommunisten einen Antrag ein, der die Einleitung eines Verfahrens wegen Hochverrats gegen die rheinischen Großindustriellen verlangt. Abg. Hoch (Soz.) verlangte Sicherheiten dafür, daß die Ermächtigung eine Unterbrechung erhalte, von der sie leben könnten, worauf Arbeitsminister Dr. Brauns ver sprach, grundlegende Änderungen in der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen. Schließlich wurde der § 1 des Gesetzes unter Ablehnung einiger Anträge mit dem Zusatz angenommen, daß die Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge aus dem Gesetz herausgelassen werden. Der Rest des Gesetzes fand gleichfalls Annahme. Die dritte Lesung des Gesetzes wurde auf Einpruch der Kommunisten und Deutschnationalen auf Donnerstag festgesetzt. Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

Der „Vorwärts“ über die Haltung der Fraktion während der letzten Regierungstriebe.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichstagsfraktion der SPD, an die Parteigenossen im Lande, in dem die Fraktion über ihre Haltung während der letzten Regierungstriebe berichtet und betont, daß die Auffassung, der sich die Majorität der Fraktion angeschlossen, davon ausging, daß eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der von den schwerindustriellen Vertretern in der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei geleiteten und von dem unter dem Einfluß Steinerwalds stehenden Teil der christlichen Gewerkschaftsbewegung unternommenen Aktion eine Reichsregierung zur Notwendigkeit gemacht hätte, was in kürzester Zeit zu einer Reichsdiiktatur geführt haben würde. Der Aufruf schließt mit dem Hinweis darauf, daß auch die Minderheit in der Fraktion, die die Taktik der Majorität ablehnte, mit dieser in der Erkenntnis einig war, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstünden. Am diese erfolgreich zu machen, bedürfte die Partei ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten, der vollsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation.

Die Wahrheit über die amerikanische Kredithilfe.

Berlin, 9. Okt. An unterrichteter Stelle erfahren wir über die Nachrichten, die amerikanische Regierung plane einen Kredit für die deutsche Währungsbank folgendes: Diese Kredit ist unrichtig. Richtig ist dagegen, daß amerikanische Bankkreise sich für diese Frage interessieren und daß demnächst eine Sachver-

ständigenkonferenz zwischen Vertretern dieser amerikanischen Bankkreise und deutschen Sachverständigen stattfinden wird, die sich bereits auf der Reise nach Amerika befinden. Es ist anzunehmen, daß Verhandlungen über eine internationale Vergabe von Kredit an Deutschland für Lieferungen, die Deutschland aus dem Ausland bezieht. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Verhandlungen zum Ziele führen werden.

Um die Tätigkeit der deutschen Regierung bei der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Brüssel, 10. Okt. Die Agence Belge meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte gestern vormittag eine Unterredung mit dem Minister des Innern Jaspar, dem er mitgeteilt haben soll, daß die Deutsche Reichsregierung die Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Kohlen zu liefern. Das Reich wüßte ferner am Zusammentritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Jaspar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müßte das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereiten Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Paris, 10. Okt. Die Havas-Agentur veröffentlicht folgende offenbar halbamtliche Erklärung: Die deutsche Regierung in ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel eine Expedition unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet teilzunehmen. Man erinnert sich, daß sie bereits jüngst den Antrag ausgesprochen hat, die Einstellung des passiven Widerstandes zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört hat. Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Kohlenlieferungen zum Vorwand einer neuen Verhandlung machen, aber man hat allen Grund anzunehmen, daß ihre Haltung nach dieser Richtung enttäuscht wird und daß Ministerpräsident Poincaré in der Unterredung, die er heute mit dem deutschen Geschäftsträger, Vizekonsul von Hols, haben wird, sich weigern wird, in dieser Hinsicht Befriedigung zu geben. Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage mit den deutschen Zentralregierungen diskutieren, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Befehle organisiert haben, aber sie sind im Gegensatz hierzu geneigt, direkt mit den Lokalbehörden oder mit den lokalen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Arrangements über die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das geschlossen wurde durch die Internationalisierte Kontrollkommission mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hinlänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktikabel ist. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege ist und die in wenigen Tagen allgemein sein wird, verlängern. Die Zulassung der belgischen Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs erwünscht und nützlich. Im Gegenteil, sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, wird dem Reichsfiskus Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absichten bekanntzugeben und um zu verlangen, über die zukünftigen Verhandlungen über die Reparationen gehandelt zu werden. In ihr und nur in ihr allein müssen sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland vollziehen. Der Reparationskommission ist übrigens bereits gestern der Text des Abkommens Wolff übermittelt worden, damit sie prüft, ob die Festsetzungen dieses Abkommens mit ihren eigenen Ermächtigungen im Einklang stehen.

Zucker-Versorgung.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Septemberrüben beträgt jetzt für je ein Pfund

Kristallzucker und Broteizucker (ohne Verpackung gewogen) 30 Millionen Mark.

Die Kleinhändler sind nicht berechtigt, weitere Zuschläge für Fracht oder Transportkosten zu machen, da diese bereits ein kalkuliert sind. Der Anspruch beträgt 1 1/2 Pfund auf den Kopf. Zur Einlösung gelangt die Zuckerkarte Nr. 12. Die öffentliche Bewirtschaftung des Zuckers hört mit dieser Verteilung auf.

Neuenbürg, den 9. Oktober 1923.

Kommunalverband:
Wagner.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC.
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil.
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.
Eine wöchentliche Abfahrt von
HAMBURG NACH NEW YORK
Anschlüsse und Durchfahrten durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
WILDBAD: Chr. Schmid
& Sohn, König Karlstr. 68.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg!

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Entsprechend der Erhöhung der Reichsrichtzahl gelten für die Woche vom 8. bis 14. Oktober 1923 folgende Zahlen:

Klasse	Grundlohn	Beiträge		Davon entfallen auf:				Invalidentversicherung			
		Tages-	Wochen-	Tagesbeitrag		Wochenbeitr.		Wochenbeitr.	Anteil des		
				Arbeitsgeber 1/2	Beis. 1/2	Arbeitsgeber 1/2	Beis. 1/2		Arbeitsgeber 1/2	Beis. 1/2	
in Tausend Mark											
I	10 000	900	6 300	300	600	2 100	4 200	36	1 400	700	700
II	50 000	4 500	31 500	1 500	3 000	10 500	21 000	40	5 700	2 850	2 850
III	100 000	9 000	63 000	3 000	6 000	21 000	42 000	42	10 600	5 300	5 300
IV	150 000	13 500	94 500	4 500	9 000	31 500	63 000	44	19 000	9 500	9 500
V	190 000	17 100	119 700	5 700	11 400	39 900	79 800	45	25 000	12 500	12 500
VI	240 000	21 600	151 200	7 200	14 400	50 400	100 800	46	36 000	18 000	18 000
VII	290 000	26 100	182 700	8 700	17 400	60 900	121 800	46	36 000	18 000	18 000
VIII	340 000	30 600	214 200	10 200	20 400	71 400	142 800	47	52 000	26 000	26 000
IX	380 000	34 200	239 400	11 400	22 800	79 800	159 600	47	52 000	26 000	26 000
X	430 000	38 700	270 900	12 900	25 800	90 300	180 600	47	52 000	26 000	26 000

Neuenbürg, den 9. Oktober 1923.

Vorsitzender des Vorstandes:
Fr. Heingelmann.

Berwalter:
Dobernet.

**Billigste Preise!
Prompte Bedienung!
Bandsägen**

in Holzuntergestell, mit Kegel Lagerung, für Landwiese und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.

Friedrich Huber,
Maschinenbau,
Unterreichendstr. 11. Tel. 17.

Stolzenberg-Fortum

die deutsche
Schnell-Schreibmaschine.

Vertreter:
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 136.

Meßger-Jnnung.

Neuer Fleischpreis ab Mittwoch, 10. Okt. 1923:

Ochsenfleisch per Pfund 110 Mill.,
Rohfleisch " " 90 "
Kalbfleisch " " 126 "
Schweinefleisch " " 154 "

Vorsheimer Gold-Anhaufstelle
kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckstücke zum Einschmelzen, Rosen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische.
Edelmetall-Handlung A. Metsch,
Vorsheimer, Raiffenhau- platz 4, Tel. 3468.

Hand-Datumsstempel
für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar.
G. Meesch'sche Buchdruckerei.

Neuenbürg, 8. Oktober 1923.

Codes-Anzeige.
Schmerzerfüllt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Bruder, Neffe und Vetter

Hermann Klausner
am Montag früh 9 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 14 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Julius, Beria, Anhold und Hedwig Klausner.
Beerdigung: Mittwoch nachmittag 1/5 Uhr vom Trauerhaus.

Formulare liefert rasch und billig die
G. Meesch'sche Buchdruckerei.